

Vor dem Rechtsruck in Japan: die Unterhauswahl wirft ihren Schatten voraus

Köllner, Patrick; Pohl, Anna Yumi

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Köllner, P., & Pohl, A. Y. (2012). *Vor dem Rechtsruck in Japan: die Unterhauswahl wirft ihren Schatten voraus*. (GIGA Focus Asien, 10). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Asien-Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-321882>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Vor dem Rechtsruck in Japan: Die Unterhauswahl wirft ihren Schatten voraus

Patrick Köllner und Anna Yumi Pohl

Gut drei Jahre nach dem Erdrutschsieg der Demokratischen Partei Japans (DPJ), welcher die seit 1955 fast ununterbrochene Regierung der konservativen Liberaldemokratischen Partei (LDP) beendete, steht in Japan am 16. Dezember 2012 wieder eine Unterhauswahl an.

Analyse

Die Regierungsperiode der DPJ stand unter einem schlechten Stern. Die Folgen der Weltwirtschaftskrise, der Nuklearkatastrophe nach dem verheerenden Erdbeben und Tsunami vom 11. März 2011 sowie der angespannten Außenbeziehungen Japans zu China, Südkorea und den USA, die teilweise selbstverschuldet waren, bildeten einige der zentralen Herausforderungen, denen sich die DPJ-geführte Regierung seit dem Jahr 2009 stellen musste. Drei Premierminister haben das Land seit September 2009 regiert und die Hoffnung auf große Veränderungen, die der DPJ zu ihrem spektakulären Wahlsieg verhalf, ist allgemeiner Desillusionierung gewichen.

- In der Bevölkerung besteht große Unzufriedenheit angesichts der Neigung zur politischen Blockade, die nicht nur die Regierungszeit der DPJ seit der Oberhauswahl-niederlage im Jahr 2010, sondern auch schon die finale Phase der vorangegangenen Regierung aus LDP und Neuer Kōmeitō gekennzeichnet hat.
- Vermutlich wird keine Partei bei der kommenden Unterhauswahl eine alleinige Mehrheit erringen können. Vieles hängt vom Abschneiden der neu gegründeten (Protest-)Partei „Japans Restaurationspartei“ (Nippon Ishin no Kai) um Osakas Bürgermeister Tōru Hashimoto und Tokyos Ex-Gouverneur Shintarō Ishihara ab. Insbesondere von Hashimoto erhoffen sich nicht wenige Japaner ein Aufbrechen der verkrusteten politischen Strukturen.
- Die jüngst wieder aufgeflammt territorialen Dispute mit China und Südkorea spielen Politikern in die Hände, die eine Änderung der pazifistischen Nachkriegsverfassung sowie eine härtere Linie gegenüber Japans Nachbarländern befürworten. Ein Rechtsruck bei der kommenden Unterhauswahl ist zu erwarten.

Schlagwörter: Japan, Unterhauswahl, DPJ, LDP, Yoshihiko Noda, Shinzō Abe, Tōru Hashimoto, Shintarō Ishihara

Die Regierung Noda unter Druck

Im September 2011 wurde der vormalige Finanzminister Yoshihiko Noda von Kaiser Akihito zum 62. Premierminister Japans ernannt. In der vorangegangenen Wahl zum Parteivorsitz in der Demokratischen Partei Japans (DPJ) überzeugte der als fiskal-konservativ geltende Noda seine Parteigenossen mit einer emotionalen Rede, in der er ankündigte, „für das Volk zu schwitzen und zu arbeiten bis er nach Schmutz stinke“ (Fackler 2011). Nodas Vorgänger Naoto Kan, der auf den glücklosen ersten Premierminister aus den Reihen der DPJ, Yukio Hatoyama, gefolgt war, war am mangelhaften Krisenmanagement nach der dreifachen Katastrophe vom 11. März 2011 sowie an innerparteilichen Machtkämpfen gescheitert, die ihn letztlich zum Rücktritt zwangen. Noda übernahm ein schweres Erbe; vom ihm wurde neben der Bewältigung der Atomkatastrophe und dem Wiederaufbau der vom Erdbeben und Tsunami zerstörten Regionen auch ein Angehen langfristiger Probleme wie der anhaltenden wirtschaftlichen Stagnation und der zukünftigen Altersversorgung im Angesicht ungünstiger demografischer Entwicklungen sowie ein effektiver Umgang mit Chinas Aufstieg erwartet.

Im Dezember 2011 verbuchte die Regierung Noda einen ersten Erfolg, als sie verkündete, die nukleare Krise unter Kontrolle zu haben. Im September 2012 gab dann das Kabinett bekannt, einen kompletten Ausstieg Japans aus der Atomkraft bis zum Jahr 2040 verwirklichen zu wollen. Diese Ankündigung wurde jedoch eine Woche später nach Einwänden von Japans starker Atomlobby wieder zurückgezogen. Anlässlich seiner Wiederwahl zum Vorsitzenden der DPJ am 21. September 2012 erklärte Noda erneut, dass die DPJ ihre Energiepolitik umkehren und Japans Abhängigkeit von der Atomenergie bis in die 2030er Jahre komplett beenden wolle. Vor der Katastrophe in Fukushima und noch geraume Zeit danach hatte sich die DPJ noch ganz offen zur Atomkraft als „wesentlicher Energiequelle“ bekannt, um Japans hohe Energieimporte in Grenzen halten zu können (Doege und Köllner 2011). Obwohl nun angekündigt wurde, den Ausstieg diesmal ohne erneuten Sinneswandel zu vollziehen, sprechen dem einige jüngere Entwicklungen entgegen. So erklärte Industrieminister Yukio Edano, dass drei Atomkraftwerke, deren Bau eingeleitet, aber noch nicht vollendet worden ist, von den angekündigten Ausstiegsmaßnahmen

ausgenommen seien. Die Regierung argumentiert zudem, dass die 50 Reaktoren, über die Japan verfügt, weiterhin in Benutzung bleiben sollten bis alternative Energiequellen wie Solar- oder Windenergie ausreichend entwickelt seien. Ein Baustopp der drei erwähnten Reaktoren, die zu 10, 40 und 90 Prozent vollendet sind, würde außerdem einen Verlust von mehreren Billionen JPY bedeuten. Da es aber 40 Jahre dauert, bis ein Reaktor die Baukosten durch Energieausgabe wieder amortisiert, ist es fraglich, ob die neuen Reaktoren bis zum Jahr 2040 wieder abgeschaltet werden. Letztlich stellt die Fortsetzung des Baus der drei Reaktoren den anvisierten Atomausstieg infrage. Zudem bleibt abzuwarten, ob zukünftige Regierungen den eingeschlagenen Kurs in der Energiepolitik weiterfahren würden (*Financial Times* 2012).

Ein strukturelles Hindernis, dem sich auch die Regierung Noda gegenüber sah, ist die seit der Oberhauswahl im Jahr 2010 bestehende Pattsituation im Parlament, infolge derer die Opposition mit der Liberaldemokratischen Partei (LDP) im Zentrum quasi jedes Gesetzesvorhaben der DPJ blockieren kann. Infolge der unterschiedlichen Mehrheiten in der ersten und zweiten Kammer des Parlaments wiederholt sich seither – nunmehr unter umgekehrten Vorzeichen – die Blockadepolitik, welche schon in den Jahren 2007 bis 2009 die Endzeit der vorangegangenen Regierung aus LDP und Neuer Kōmeitō kennzeichnete. Noda gelang es im August 2012 zumindest mittels eines Dreiparteienabkommens, das im Juni zwischen der DPJ, der LDP und der Neuen Kōmeitō abgeschlossen worden war, eine innerhalb der DPJ höchst umstrittene Verdoppelung der Verbrauchssteuer von 5 auf 10 Prozent bis Oktober 2015 zu verabschieden. Sie soll zur Finanzierung der steigenden Sozialversicherungskosten beitragen. Noda stieß dabei auf großen innerparteilichen Widerstand. Über 70 Abgeordnete der DPJ traten aus der Partei aus, weil sie die Steuererhöhung, die nicht im Wahlmanifest der DPJ aus dem Jahr 2009 enthalten war, nicht mittragen wollten. Mit ihnen verließ auch der einflussreiche ehemalige Parteivorsitzende und Faktionsführer Ichiro Ozawa die DPJ. Mit über 40 Gefolgsleuten gründete er in der Folge eine neue Partei, die Kokumin no Seikatsu ga Daiichi (People's Life First (PLF)), „Das Leben der Bürger [kommt] zuerst“. Infolge der Absplittierung verfügten die Demokraten, die im Jahr 2009 noch 308 der insgesamt 480 Mandate errungen hat-

ten, Ende Oktober 2012 nur noch über eine hauchdünne Mehrheit im Unterhaus (*Japan Times* 2012a).

Uneinigkeit besteht innerhalb der DPJ hinsichtlich eines Beitritts Japans zur Transpazifischen Partnerschaft (TPP), eines Freihandelsabkommens, das im Jahr 2006 zunächst zwischen Brunei, Chile, Neuseeland und Singapur verwirklicht wurde. Ziel des Abkommens ist der Abbau aller Zölle und der freie Handel von Gütern, Dienstleistungen etc. Während Noda im November 2011 Japans Interesse am Beitritt verkündete, haben sich zahlreiche DPJ-Politiker, besonders solche, die die Interessen der japanischen Agrarindustrie vertreten, dagegen geäußert. In der Folge hat die japanische Regierung zwar Gespräche über einen Beitritt zur TPP geführt, verfügt aber de facto über **kein klares Verhandlungsmandat**.

Ein Vorhaben, das Noda noch erfolgreich vor der anstehenden Neuwahl durchsetzen konnte, war die Ausgabe von Staatsanleihen im Wert von 38,3 Billionen Yen (ca. 369 Mrd. EUR) zur Finanzierung des Haushalts für das Fiskaljahr 2012. Das Finanzministerium hatte bereits signalisiert, dass Verwaltungsausgaben nicht mehr getätigt werden können, falls es bis Ende November zu keiner Genehmigung der Anleihenemission durch beide Kammern des Parlaments kommen würde. Das Unterhaus verabschiedete den Gesetzesentwurf schließlich rechtzeitig am 15. November. Noda hatte der LDP und der Neuen Kōmeitō im Gegenzug für die Unterstützung der Verbrauchsteuererhöhung im Sommer 2012 das Versprechen gegeben, das Unterhaus „bald“ aufzulösen. Angesichts höchst ungünstiger Meinungsumfragen – die DPJ liegt derzeit unter 20 Prozent – liegen vorgezogene Wahlen eigentlich nicht im Interesse der Regierungspartei. Doch nach der erneuten Unterstützung der Oppositionsparteien für die Ausgabe von Staatsanleihen, blieb dem Premier kürzlich nichts anderes übrig als in den sauren Apfel zu beißen. Premierminister Noda löste schließlich am 16. November 2012 das Unterhaus auf und legte den 16. Dezember als Datum der vorgezogenen Unterhauswahl fest. Vor diesem Hintergrund der sich bereits im Sommer abzeichnenden Neuwahl waren Personalentscheidungen an der Spitze sowohl der DPJ als auch der LDP im Herbst 2012 von besonderer Bedeutung.

Personelle Veränderungen in der DPJ und der LDP

Im September 2012 fanden sowohl innerhalb der DPJ als auch in der LDP Wahlen zum Parteivorsitz statt. Während sich dabei Yoshihiko Noda ohne allzu große Mühen gegen seine Mitkonkurrenten durchsetzen konnte, kam die Wahl von Ex-Premier Shinzō Abe zum neuen Parteipräsidenten der LDP eher überraschend. Yoshihiko Noda trat in der Wahl gegen die ehemaligen Landwirtschaftsminister Hirotaka Akamatsu und Michihiko Kano vom linken bzw. konservativen Flügel der Partei sowie gegen den ehemaligen Innenminister Kazuhiro Haraguchi an. Da Noda die Unterstützung zahlreicher Führungskräfte der Partei genießt, war er kaum ernstzunehmender Konkurrenz ausgesetzt. Die wahre Herausforderung besteht nun darin, in der anstehenden Unterhauswahl nicht katastrophal abzuschneiden. Um der Wählerschaft zumindest in personeller Hinsicht ein neues Bild präsentieren zu können, stellte Noda am 1. Oktober 2012 sein drittes Kabinett vor.

Besonderes Interesse erregten dabei der neue Staatsminister für Grundfragen der Nationalen Politik sowie der Wirtschafts- und Fiskalpolitik, Seiji Maehara (50), und die neue Kultusministerin Makiko Tanaka (68). Während Maehara als eher China-kritisch gilt und als Außenminister im Territorialstreit mit China im September 2010 eine harte Linie verfolgte, gilt Makiko Tanaka, Tochter des ehemaligen Premiers Kakuei Tanaka, der im Jahr 1972 die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik und Japan herbeiführte, als China-freundlich. Da Japan seit Kurzem wieder in einer Auseinandersetzung um die umstrittenen Senkaku/Diaoyu-Inseln mit China steckt, hat Noda hier offenbar versucht, eine gewisse Balance im Kabinett herzustellen. Nodas neues Kabinett vermochte es allerdings nicht, Euphorie in der Wählerschaft auszulösen.

Die Wahl von Shinzō Abe zum Vorsitzenden der LDP kam sowohl für zahlreiche Parteimitglieder als auch für die Öffentlichkeit eher überraschend, da Mitte September noch der ehemalige, als moderat geltende Verteidigungsminister Shigeru Ishiba als Favorit gehandelt wurde und selbst LDP-Generalsekretär Nobuteru Ishihara gute Chancen eingeräumt wurden. Da kein Kandidat in der ersten Runde, in der neben den Parlamentariern der Partei auch die Mitglieder der Partei auf Distriktebene stimmberechtigt waren, die absolute

Mehrheit erreichte, fand eine Stichwahl zwischen den zwei erstplatzierten Kandidaten, Ishiba und Abe, statt. Letztlich setzte sich der ehemalige Premier Shinzō Abe, der im Jahr 2007 wegen stressbedingter Verdauungsstörungen von diesem Amt zurückgetreten war, am 26. September 2012 gegen Ishiba durch, der in der ersten Runde noch deutlich geführt hatte (siehe Tabellen 1 und 2). Während Ishiba starke Unterstützung bei den Parteimitgliedern auf lokaler Ebene fand, verfügte Abe über stärkere Unterstützung bei den Abgeordneten, die in der zweiten Runde allein stimmberechtigt waren.

Tabelle 1: Ergebnis der ersten Runde der LDP-Präsidentschaftswahl 2012

Kandidaten	Stimmzahl		
	Parlamentarier	Parteimitglieder	Summe
ABE Shinzō	54	87	141
ISHIBA Shigeru	34	165	199
MACHIMURA Nobutaka	27	7	34
ISHIHARA Nobuteru	58	38	96
HAYASHI Yoshimasa	24	3	27

Quelle: LDP 2012.

Tabelle 2: Ergebnis der zweiten Runde/ Stichwahl

Kandidaten	Anzahl der Stimmen
ABE Shinzō	108
ISHIBA Shigeru	89

Quelle: LDP 2012.

Abes Rückkehr kann als Rückfall der LDP in eine alte Ära interpretiert werden. Sein Sieg zeigt, dass die alteingesessenen Faktionen innerhalb der LDP zumindest in Bezug auf Präsidentschaftswahlen immer noch den Ton angeben können. Die Unterstützung des ehemaligen Premierministers Tarō Asō und des ehemaligen Außenministers Masahiko Komura sowie deren Faktionen, die Abe für sich gewinnen konnte, ist ein Anzeichen dafür. Denn der eigentliche Favorit und Abes größter

Konkurrent Ishiba, der als offener Gegner des Faktionismus gilt und der Parteiführungskräfte und Minister nach Kompetenz und nicht nach Loyalität und Faktionszugehörigkeit ernennen wollte, hat die Wahl zum Parteipräsidenten schließlich nicht für sich entscheiden können (George Mulgan 2012).

Zu Beginn seiner Amtszeit als Premier im Jahr 2006 versuchte Abe zunächst eine Annäherung an China und Südkorea, da diese bilateralen Beziehungen unter der Regierung seines Vorgängers Jun'ichirō Koizumi erheblich gelitten hatten. Seine ersten Staatsbesuche im Oktober 2006 galten daher Beijing und Seoul; auch unterließ er einen offiziellen Besuch des umstrittenen Yasukuni-Schreins, der auch japanische Kriegsverbrecher ehrt, was er jedoch später bedauerte. Am 1. März 2007 sorgte Abe für Furore, als er es ablehnte, die vom japanischen Militär im Zweiten Weltkrieg erzwungene sexuelle Sklaverei anzuerkennen und sich dafür zu entschuldigen. Nach Meinung von Abe gibt es keine Beweise dafür, dass die sogenannten „Trostrfrauen“ (*ianfu*) in die Militärbordelle gezwungen worden waren. Dies belastete besonders Japans Beziehungen zu China und Korea, die davon am meisten betroffen waren. Zentrale Themen in Abes Amtszeit waren die Aufwertung der sogenannten Selbstverteidigungsstreitkräfte sowie die Stärkung von Disziplin und Patriotismus im Erziehungswesen; Themen, mit denen er jedoch an den Kerninteressen des größten Teils der Bevölkerung vorbeizielte (Köllner 2007).

Die Tatsache, dass ein konservativer Hardliner wie Abe trotz seiner wenig glanzvollen Regierungsbilanz erneut an die Spitze der LDP gewählt wurde und im Falle eines LDP-Wahlsieges Japans nächster Premier werden könnte, lässt erkennen, dass innerhalb der größten Oppositionspartei das rechte Lager dominiert, was durchaus auch bei substanziellen Teilen der Bevölkerung auf Zustimmung stößt. Laut einer Umfrage der Tageszeitung *Nihon Keizai Shimbun* stieg die Unterstützung für die LDP nach Abes Wahlsieg um 12 Prozentpunkte auf 37 Prozent an, während die der DPJ um weitere 2 Prozentpunkte auf magere 19 Prozent zurückfiel (Nakamoto 2012).

Das Phänomen Tōru Hashimoto

Am 12. September 2012 verkündete Tōru Hashimoto, amtierender Bürgermeister der Stadt Osaka,

die Gründung seiner neuen landesweiten Partei, „Japans Restaurationspartei“ (JRP, Nippon Ishin no Kai). Der 43-jährige ausgebildete Jurist, dessen Vater aus der sozial diskriminierten Minderheit der „Burakumin“ stammt und Mitglied der japanischen Mafia Yakuza war, erlangte erstmals Bekanntheit durch seine häufigen TV-Auftritte zunächst als Kommentator, später auch als Schauspieler. Im Januar 2008 kandidierte Hashimoto bei den Gouverneurswahlen in Osaka und errang dort mit 54 Prozent der Wählerstimmen den Sieg. Im Jahr 2010 rief er die Osaka Restaurationspartei ins Leben, deren Hauptziel die Zusammenführung der Städte Sakai und Osaka zu einer Präfektur mit Sonderbezirken darstellte. Um im November 2011 als Bürgermeister der Stadt Osaka kandidieren zu können, trat Hashimoto als Gouverneur zurück und sein Parteikollege Ichirō Matsui übernahm das Amt. Auch die Bürgermeisterwahl konnte Hashimoto mit 59 Prozent der Stimmen klar für sich entscheiden (*Asahi Shimbun* 2011).

Hashimotos Hauptanliegen sind neben der Zusammenführung von Sakai und Osaka, die er bereits erfolgreich eingeleitet hat, Autonomieverstärkung, Bürokratieabbau sowie Dezentralisierung und Verwaltungsvereinfachung auf regionaler Ebene. Dank seiner für japanische Verhältnisse eher unüblichen direkten Art und der Durchsetzungsfähigkeit, mit der er Maßnahmen rasch in die Tat umsetzt, genießt er besonders in Kansai, im Westen Japans, große Popularität. Auch Politiker aus anderen Parteien fühlen sich angezogen; bis Ende Oktober traten insgesamt neun Abgeordnete zur JRP über, die damit bereits jetzt im Parlament vertreten ist. Anfang Oktober 2012 stellte die JRP ihre sogenannten „acht Punkte zur Restauration des Landes“ (*ishin hassaku*) vor, welche die grundlegende Parteilinie auf nationaler Ebene darstellen. Diese teilweise noch vage gehaltenen Punkte sehen unter anderem die Halbierung der Unterhausmandate, eine direkte Wahl des Premierministers und eine Gutscheinverteilung im öffentlichen Bildungssystem vor, wodurch Eltern unabhängig von ihrem Wohnsitz die staatliche Schule auswählen können, der sie ihre Kinder anvertrauen. Außerdem erklärte sich Hashimoto mit einer Änderung des Kriegsverzichtsartikels 9 der japanischen Verfassung einverstanden, wenn das Ergebnis einer Volksabstimmung dies verlange. Mit Blick auf die kommende Unterhauswahl ist Hashimotos Partei zuversichtlich, bis zu 400 Kandidaten aufstellen zu können. Bis Ende Oktober hatte

die Partei 155 „potenzielle Kandidaten“ vorzuweisen (*Nihon Keizai Shimbun* 2012; *Japan Times* 2012b).

Bezüglich außen- und sicherheitspolitischer Positionen herrscht noch Uneinigkeit innerhalb der neugegründeten Partei. Hatte Hashimoto selbst zunächst einen Beitritt Japans zur TPP befürwortet, änderte er in der Folge seine Meinung. Auch musste er heftige Kritik einstecken, als er eine gemeinsame Nutzung der umstrittenen Inseln mit China (Senkaku/Diaoyu) und Südkorea (Takehima/Dokdo) vorschlug, sich gleichzeitig aber hinter die japanischen Territorialansprüche stellte. Ähnlich wie Abe im Jahr 2007 sorgte Hashimoto im August 2012 mit der Behauptung für Aufsehen, dass es keinen Beweis dafür gäbe, dass „Trostrfrauen“ während des Zweiten Weltkriegs von der japanischen Armee gewaltsam in Frontbordelle verschleppt worden seien. Die Tatsache, dass er im Jahr 2008 Lehrer an Schulen durch Verordnung dazu zwang, beim Abspielen der japanischen Nationalhymne *Kimigayo* zu stehen, sowie die Aussage, dass „die [japanische] Nation jetzt einen Diktator brauche“ (*Economist* 2012) erklären, warum Hashimoto des Öfteren als rechtspopulistischer Nationalist bezeichnet wird.

Hashimotos große Popularität ist darauf zurückzuführen, dass er als jemand gilt, der frischen Wind in die festgefahrene japanische Politik bringen kann. Hashimoto, der (noch) nicht das Amt des Premierministers anstrebt, wirkt persönlich sympathisch, weil er einerseits die Rolle eines charismatischen, jungen und attraktiven Parteiführers ausfüllt und gleichzeitig als politischer Außen-seiter gilt. Seine Aussage, die bisherige Art der japanischen Politik fundamental ändern zu wollen, verbunden mit der Tatsache, dass er Ankündigungen auch umsetzt – wie sein Wirken als Bürgermeister von Osaka belegt – erzeugen Hoffnung bei vielen Menschen und Misstrauen bei den etablierten Medien in Japan.

Ausblick

Politische Meinungsumfragen haben in Japan nur eine begrenzte Aussagekraft, da das semi-proportionale Wahlsystem die Volksmeinung nicht eins zu eins widerspiegelt. Im Jahr 1994 trat eine Reform in Kraft, die ein sogenanntes „Grabensystem“, eine Kombination zwischen Mehrheitswahl und Verhältniswahl, für das Unterhaus vorsieht. Die derzeit insgesamt 480 Mandate der ers-

ten Kammer setzen sich demnach aus 180 Mandaten aus elf Blockwahlkreisen (Listenwahl) und weiteren 300 Mandaten aus 300 lokalen Wahlkreisen („Einerwahlkreise“) zusammen. Jeder Wähler verfügt über zwei Stimmzettel. In einem der beiden wählt der Stimmberechtigte die Partei seiner Wahl. Die Verhältniswahlstimmen, die auf elf große Wahlkreise verteilt sind, werden dann nach dem d'Hondt-Verfahren auf die 180 Mandate umgerechnet. Die Region Kinki beispielsweise beansprucht aufgrund ihrer Einwohnerzahl 29 der 180 Plätze und stellt damit den größten Blockwahlkreis dar. Der zweite Wahlzettel benennt die Direktkandidaten im eigenen lokalen Wahlkreis. Die Kandidaten mit den meisten Stimmen aus jedem der 300 Einerwahlkreise, die sich auf ganz Japan verteilen, dürfen demnach ins Unterhaus einziehen.

Aktuelle Meinungsumfragen bestätigen, dass zwar Abes LDP vor Hashimotos JRP und der regierenden DPJ führt, dennoch wird sie voraussichtlich weder allein noch mit ihrem alten Koalitionspartner, der buddhistischen Neuen Kōmeitō, regieren können. Damit wird im Gegensatz zu früheren Wahlen diesmal wohl keine der alteingesessenen oder neuen Parteien eine ausreichende Mehrheit für eine Alleinregierung erreichen können. Gespräche über mögliche Allianzen sind daher in vollem Gange. Abe sprach öffentlich **Hashimoto seine Bewunderung** aus; beide Politiker teilen konservative Grundsätze, besonders hinsichtlich der historischen Darstellungen Japans und seiner Rolle im Zweiten Weltkrieg, aber auch bei Dezentralisierungsmaßnahmen und beim Abbau von Bürokratie. Abes frühzeitige Annäherung an Hashimoto lässt vermuten, dass er auf eine Allianz mit dem Newcomer hofft, unter anderem um von dessen Beliebtheit bei den Wählern zu profitieren. Doch auch die JRP erlebt einen ersten Knick ihrer Beliebtheit; besonders in Tokyo und Nordjapan hat sie weit weniger Anhänger als im Westen Japans.

Vor diesem Hintergrund **führt Hashimoto Gespräche** mit der Minna no Tō („Jedermanns Partei“, Your Party), einer im Jahr 2009 von ehemaligen LDP-Politikern gegründeten Partei unter Vorsitz von Yoshimi Watanabe, die aktuell 14 Abgeordnete aufweist und ähnlich wie die JRP Reformen der Ministerialbürokratie, der öffentlichen Finanzen und der Finanzbeziehungen zwischen Zentralstaat und Präfekturen fordert. Eine Allianz dieser beiden Parteien könnte gegenseitige Vorteile bieten. Denn während die großen Parteien zumindest einen Kandidaten in allen 300 Einerwahlkrei-

sen aufstellen, fehlt es den kleineren Parteien oft an Mitteln und Personal dafür. Die JRP und die Minna no Tō könnten sich bei einer offen deklarierten Allianz die Wahlkreise so aufteilen, dass die JRP verstärkt im Westen, die Minna no Tō **eher im Osten** Kandidaten aufstellt und ihre Wähler dazu aufrufen, in Wahlkreisen, in denen nur eine der beiden Parteien kandidiert, für den Kandidaten dieser Partei zu stimmen. Dies soll in einem gemeinsamen offiziellen Abkommen bis Ende November festgelegt werden.

Währenddessen ist der 80-jährige Shintarō Ishihara, der jüngst von seinem Amt als Gouverneur von Tokyo zurückgetreten war, um bei der kommenden Unterhauswahl anzutreten, mit seinen Gefolgsleuten bereits der JRP beigetreten. Am 18. November wurde Ishihara sogar zum Präsidenten der JRP gewählt (Stellvertreter ist Hashimoto). Ishihara ist ein glühender Nationalist und auch derjenige, der den Territorialdisput zwischen China und Japan über die umstrittenen Senkaku/Diaoyu-Inseln diesen Sommer durch sein Vorhaben die Inseln kaufen zu wollen erst richtig anheizte (vgl. Müser, Pohl, und Godehardt 2012). Er genießt durch seine Zeit als Abgeordneter des Ober- wie auch des Unterhauses gute politische Beziehungen, besonders auch zur extrem-rechten Tachiagare Nippon-Partei („Steh auf, Japan“, Sunrise Party), der er sich kürzlich anschloss. Am 13. November wurde diese Partei in Taiyō no Tō („Sonnenpartei“) umbenannt, um nur vier Tage später in der JRP aufzugehen. Erhebliche inhaltliche Kompromisse beider Seiten – die „neue“ JRP spricht sich nun für einen Beitritt Japans zur TPP aber gegen einen Atomausstieg bis zum Jahr 2040 aus – ermöglichten den **eher überraschenden Zusammenschluss** der beiden Parteien. Ishihara hofft, trotz der deutlichen Inhomogenität der JRP den etablierten Parteien zahlreiche Mandate abringen zu können.

Ungewissheit herrschte mehrere Monate über den Zeitpunkt der nächsten Unterhauswahl, die regulär spätestens Ende August 2013 stattfinden musste. Wie erwähnt, hatte Premierminister Noda bereits im August 2012 versprochen, das Unterhaus „bald“ aufzulösen und vorgezogene Wahlen auszurufen. Dieses Versprechen löste er nun schließlich Mitte November ein. Jedes weitere Hinauszögern der Neuwahl hätte auch der neugegründeten JRP mehr Zeit zur Aufstellung von Kandidaten und für andere Vorbereitungen gegeben. Zudem sorgte die Pattsituation im Parlament dafür, dass Noda keine weiteren eigenen Initiativen mehr durchbrin-

gen konnte. Zum Zeitpunkt der Auflösung des Unterhauses verfügte die DPJ nur noch über 233 der 480 Sitze in der ersten Kammer des Parlaments (LDP: 118, PLF: 45, Neue Kōmeitō: 21, andere Parteien, Unabhängige und Vakanzen: 63). Aller Voraussicht nach wird die Neuwahl des Unterhauses in einem Erdrutschsieg des konservativen Lagers münden. Spannend bleibt jedoch, welche Parteienallianz letztlich die neue Regierung stellen wird.

Literatur

- Asahi Shimbun* (2011), Hashimoto to Resign Soon as Osaka Governor to Run for Mayor, 22. Oktober, online: <http://ajw.asahi.com/article/behind_news/AJ2011102215504> (24. Oktober 2012).
- Doege, Felix, und Patrick Köllner (2011), *Trotz Fukushima-1: Japans „atomares Dorf“ hält an der Nuklearenergie fest*, GIGA Focus Asien, 5, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien>.
- Economist* (2012), Japan's New Conservatives Talking about a Restoration, 5. September, online: <www.economist.com/blogs/banyan/2012/09/japan-new-conservatives> (24. Oktober 2012).
- Fackler, Martin (2011), Finance Minister Is Chosen as Japan's Next Leader, in: *New York Times*, 29. August, online: <www.nytimes.com/2011/08/30/world/asia/30japan.html> (24. Oktober 2012).
- Financial Times* (2012), Doubts Cast Over Japan's Plans to Phase Out Nuclear Power, 24. Oktober, online: <www.ft.com/intl/cms/s/0/1fc5fe9a-1916-11e2-af4e-00144feabdc0.html#axzz2AmMmXWeI> (30. Oktober 2012).
- George Mulgan, Aurelia (2012), What an Abe Prime Ministership Would Mean for Japan, in: *East Asia Forum*, 1. Oktober, online: <www.eastasiaforum.org/2012/10/01/what-an-abe-prime-ministership-would-mean-for-japan/> (24. Oktober 2012).
- Japan Times* (2012a), Discord Faces Replay in Extra Session, 30. Oktober, online: <www.japantimes.co.jp/text/nn20121030a6.html> (30. Oktober 2012).
- Japan Times* (2012b), Hashimoto's Overtures to Ishihara, Other Hawks Continue, 30. Oktober, online: <www.japantimes.co.jp/text/nn20121030a3.html> (30. Oktober 2012).
- Köllner, Patrick (2007), *Oberhauswahl in Japan: Regieren wird schwieriger für Kabinett Abe*, GIGA Focus Asien, 8, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien>.
- LPD (2012), *Party Presidential Election Held – Shinzo Abe becomes a New Party President*, 5. Oktober, online: <www.jimin.jp/english/news/118690.html> (13. November 2012).
- Müser, Oliver, Anna Yumi Pohl, und Nadine Godhardt (2012), *Inselstreit zwischen Japan und China gefährdet die regionale Stabilität in Ostasien*, GIGA Focus Asien, 12 (i.E.).
- Nakamoto, Michiyo (2012), Japan's Abe Visits Yasukuni Shrine, in: *Financial Times*, 17. Oktober, online: <www.ft.com/intl/cms/s/0/e864691a-1829-11e2-80e9-00144feabdc0.html#axzz2AEUCo9Ds> (24. Oktober 2012).
- Nihon Keizai Shimbun* (2012), Shūin teisū wo hangen 'ishin hassaku' saishūan no zenbun (Unterhausmandate halbieren, „8 Punkte zur Restauration“, Voller Text des endgültigen Programms), 1. September, online: <www.nikkei.com/article/DGXNASHC3103B_R30C12A8000000/> (24. Oktober 2012).

■ Die Autoren

Prof. Dr. Patrick Köllner ist Direktor des GIGA Instituts für Asien-Studien.

E-Mail: <patrick.koellner@giga-hamburg.de>, Website: <<http://staff.giga-hamburg.de/koellner>>

Anna Yumi Pohl hat nach ihrem Studium der Japanologie in Wien und ihrem Masterstudium der Internationalen Beziehungen Ostasiens an der School of Oriental and African Studies (SOAS) in London im Oktober und November 2012 ein Forschungspraktikum am GIGA Institut für Asien-Studien absolviert.

E-Mail: <yumi.pohl@gmail.com>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Der GIGA Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ beschäftigt sich mit Parteien und Wahlen in außereuropäischen Regionen und hierbei insbesondere mit ihrer gesellschaftlichen Verankerung, den sozialen Konfliktlinien, der **Wählermobilisierung und dem Faktionalismus**. In Bezug auf Asien gilt aktuell ein besonderes Interesse der elektoralen Volatilität und dem innerparteilichen Faktionalismus in Südostasien.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Köllner, Patrick (2013), From Would-be 'Third Force' to Governing Party: The Rise and Travails of the Democratic Party of Japan, in: Ronald J. Hrebendar und Akira Nakamura (Hrsg.), *Parties and Politics in Contemporary Japan: The Post Koizumi Era*, Boulder, CO: Lynne Rienner Publisher (i.E.).

Köllner, Patrick (2011), The Democratic Party of Japan: Development, Organization and Programmatic Profile, in: Alisa Gaunder (Hrsg.), *The Routledge Handbook of Japanese Politics*, London: Routledge, 21-35.

Köllner, Patrick (2009a), Japanese Lower House Campaigns in Transition: Manifest Changes or Fleeting Fads?, in: *Journal of East Asian Studies*, 9, 121-149.

Köllner, Patrick (2009b), *Erdrutschsieg der Opposition in Japan: Hintergründe und Perspektiven*, GIGA Focus Asien, 9, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien>.

Nymalm, Nicola, und Elmira Schaltuganow (2012), *Die US-Außenhandelspolitik als Kernstück des „Pivot to Asia“ – eine Transpazifische Partnerschaft ohne Japan und China?*, GIGA Focus Global (i.E.).



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Asien wird vom GIGA Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Günter Schucher; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes

Lektorat: Petra Brandt; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Asien-Studien

IMPRESSUM